

Die andere Seite Europas

23.08.2013

Cyrill Stieger

In Tschechien setzt Präsident Zeman alles daran, seine Kompetenzen unter Ausnutzung von Unschärfen in der Verfassung zu erweitern. Gegen den Willen der Mehrheit des Parlaments setzte er eine eigene Regierung mit Vertretern aus seinem Umfeld ein. Der ungarische Regierungschef Orbán, beflügelt von einer Zweidrittelmehrheit in der Legislative, hatte sich sogleich nach seinem Amtsantritt vor mehr als drei Jahren darangemacht, das Land in einer umfassenden Staatsreform umzukrempeln. Er sieht seine Aufgabe darin, die Nation von allen postkommunistischen Überbleibseln zu befreien und das seiner Meinung nach von den Sozialisten völlig zerrüttete Land auf christlich-nationalen Grundlagen zu erneuern – nach den Vorstellungen einer einzigen Partei. Rumänien schlitterte im vergangenen Jahr in eine Staatskrise, als Ministerpräsident Ponta versuchte, die Justiz unter seine Kontrolle zu bringen. Kritiker in Westeuropa sprechen seit einiger Zeit von einer Zunahme autoritärer Tendenzen und einer besorgniserregenden Krise der ostmitteleuropäischen Demokratien.

Schwieriges Erbe

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass die Leistung, welche die Länder Ostmitteleuropas in den Jahren nach dem Sturz der kommunistischen Herrschaft 1989/1990 erbracht haben, nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Der Übergang wurde ohne grössere Turbulenzen bewältigt. Das ist nicht selbstverständlich, wenn man bedenkt, wie viel Konfliktstoff sich in der kommunistischen Zeit angehäuft hatte. Ungelöste ethnische Fragen gab es nicht nur auf dem Balkan. Auch fehlten mit Ausnahme der Tschechoslowakei demokratische Traditionen, an die man nach der Wende hätte anknüpfen können. Die Bevölkerung hat die Härten, welche die Transformation abverlangte, meist klaglos hingenommen. Alle diese Länder hatten ein gemeinsames Ziel: die Befreiung von der sowjetischen Fremdherrschaft und die Rückkehr nach Europa. Die EU spielte dabei die entscheidende Rolle, sie war Anreiz und Motor. Sie beflügelte und disziplinierte.

Doch dauert der Übergang von der Diktatur zur Demokratie länger, als die Regimegegner nach dem Sturz der Kommunisten in ihrem Enthusiasmus geglaubt hatten. Er ist noch immer nicht abgeschlossen. Die Transformation ist auch in jenen Ländern schwierig und nicht frei von Irrungen und Verwerfungen, die schon seit 2004 der Europäischen Union angehören. Zwar wurde das EU-Recht in Ostmitteleuropa, aber auch in Rumänien und Bulgarien, schnell übernommen. Doch die Umsetzung oder gar die Änderung alter Denkmuster und Verhaltensweisen erfordern viel mehr Zeit. Die totalitäre Herrschaft hat tiefe Spuren in vielen Köpfen hinterlassen.

Schon vor der Entmündigung durch die Kommunisten waren beim Prozess der Staatsbildung Wunden geschlagen worden, die das kollektive Bewusstsein der ostmitteleuropäischen Nationen teilweise bis heute prägen. Staaten gingen unter oder wurden Manövriermasse fremder Mächte. Völker wurden auseinandergerissen, Grenzen verschoben. Dass alle diese

Länder auf ihre erst vor kurzem wiedererlangte Souveränität pochen und auf westliche Bevormundung manchmal gereizt reagieren, ist angesichts der historischen Erfahrungen ebenso verständlich wie Tendenzen – etwa in Ungarn – zu einer Rückbesinnung auf die Werte der eigenen Nation.

Es waren vielerorts vor allem Kommunisten, die nach der Wende von den Privatisierungen der Staatsbetriebe und damit der Neuverteilung der staatlichen Ressourcen profitierten. Ausgerechnet die Privilegierten und Unterdrücker von einst waren die Nutzniesser des Übergangs, zumindest in der ersten Phase. Es war die Zeit der Wendehälse und der wendigen Opportunisten. Die enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft gehört zu den schwerwiegendsten Hinterlassenschaften der Übergangsphase. Klientelistische Seilschaften und dubiose Oligarchen ziehen auch heute noch vielerorts die Fäden. Die Korruption ist allgegenwärtig. Auf der östlichen Seite Europas tauchen noch immer Politiker auf, die Mühe mit dem Prinzip der Gewaltenteilung bekunden. Sie betrachten die Justiz, wie einst die Kommunisten, als Instrument zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Sie glauben, sie stünden über dem Gesetz. Einmal an der Macht, wollen sie diese festigen und mehren, aber nicht teilen. Andere setzen die Interessen einer Partei mit jenen der ganzen Nation gleich. Politische Gegner werden so zu Staatsfeinden gestempelt. Die Folge davon ist ein extrem konfrontativer politischer Betrieb.

Die Geschichte mag zum Verständnis beitragen, sie darf aber nicht dazu dienen, demokratische Defizite zu rechtfertigen oder zu verharmlosen. Die Länder Ostmitteleuropas sind an den Ansprüchen zu messen, die sie selber haben: Sie wollen vollwertige Mitglieder der Europäischen Union sein. Deshalb müssen sie auch danach beurteilt werden, ob sie sich an die Spielregeln halten. Die EU hat mehrmals klargemacht, dass politische Ambitionen keine Rechtfertigung für die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien sein dürfen. Im Zuge der EU-Integration hat sich in allen diesen Ländern die Justiz verstärkt von der Politik abgenabelt. So setzten sich in den letzten Jahren die Verfassungsgerichte in Rumänien und Ungarn mehrmals gegen politisch motivierte Eingriffe erfolgreich zur Wehr. Korruption und Rechtsbruch werden zunehmend auch auf höchster Ebene geahndet. Im EU-Land Bulgarien wird seit einiger Zeit täglich gegen die Arroganz und Selbstherrlichkeit einer abgehobenen politischen Kaste demonstriert, die sich für unantastbar hält. Noch ist die Bürgergesellschaft schwach entwickelt, die Protestbewegung heterogen, und vom Ziel einer Änderung des korrupten Systems ist man sehr weit entfernt. Doch lässt sich hier, ebenso wie in der benachbarten Türkei, eine gut ausgebildete Mittelschicht nicht mehr alles gefallen. In Bulgarien ist eine neue Generation herangewachsen, die aufbegehrt, weil sie sich von ihren Politikern nicht vertreten fühlt. Sie will Korruption, Machtmissbrauch, Vetternwirtschaft und Intransparenz nicht mehr hinnehmen.

Stabile demokratische Fundamente

Auf der andern Seite Europas mag es auf der politischen Bühne gelegentlich turbulenter zu und her gehen als in den meisten der gefestigteren Demokratien im Westen, obschon auch dort die selbstgesetzten Standards nicht immer eingehalten werden. Politiker mögen sich im Osten manchmal am Rande der Rechtsstaatlichkeit oder gar jenseits bewegen. Die demokratischen Fundamente sind aber auch hier, trotz Defiziten und Rückschlägen, stabil genug, um allzu machthungrige Politiker mit autoritären Anwendungen in die Schranken zu weisen und Rückfälle in alte Zeiten zu verhindern.